

Wahlbarometer aus Perspektive des Klimaschutz

Landtagswahl Baden-Württemberg 2021
Umfrageergebnis aus dem Wahlkreis Freudenstadt

Wie positionieren Sie sich zu folgenden Forderungen?

Antworten in Konsensstufen: 1. Volle Zustimmung, 2. Leichte Bedenken, 3. Beiseite stehen, 4. Schwere Bedenken, 5. Veto

- Konkrete Festschreibung von regionalen Zielen für den naturverträglichen Ausbau von Wind- und Sonnenenergie, für Geothermie und für Umweltwärme in der Landesentwicklungsplanung.
- Verpflichtung zur Nutzung der Sonnenenergie bei allen Neubauten und bei Dachsanierungen.
- Erstellung eines CO2-Budget-kompatiblen Plans zum Kohleausstieg bis 2030 in enger Zusammenarbeit mit der EnBW und Vereinbarungen zur Umsetzung.
- Verpflichtung der Kommunen zur Wärmeplanung und Transformationsplanung für alle bestehenden Wärmenetze sowie personelle und finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung. Sicherung der langfristigen Investitionen in die treibhausgasneutrale Wärme für Wärmeversorgungsunternehmen.
- Staatliche Gelder müssen sofort und konsequent aus klimaschädlichen Investitionen abgezogen werden. Dies betrifft auch Flughäfen und Energieversorgungsunternehmen, wenn nicht ein konsequenter Pfad zur Klimaneutralität inkl. aller erbrachter Dienstleistungen bis 2030 beschritten wird.
- Einführung eines CO2-Schattenpreises von 180 Euro je Tonne CO2 in allen Bereichen des Verwaltungshandelns. Dieser führt zu einer Einpreisung der ökologischen Folgekosten, ohne dass diese Kosten 1:1 zu einer finanziellen Mehrbelastung werden.
- Einführung eines Klimavorbehalts für alle Planungen, Baumaßnahmen, Vorhaben und Gesetze des Landes und der Kommunen, so dass klimaschädliche Projekte nicht mehr beschlossen und realisiert werden. Dafür bedürfen alle Planungen der Erstellung einer CO2-Bilanz über den gesamten Lebenszeitzyklus einschließlich der Eingangsstoffe und deren Entsorgung.
- Thermische Sanierung aller beheizten Landesliegenschaften mit dem Ziel, diese wo möglich an Niedertemperatur-Wärmenetze anbinden zu können, sowie konsequente Nutzung der Abwärme von Landesliegenschaften zur Einspeisung in Wärmenetze, insbesondere Universitäten.
- Umstellung der gesamten Landesliegenschaften und von Dritten erbrachten Dienstleistungen auf Ökostrom bzw. CO2-neutrale Energieträger, insbesondere Rechenzentren.
- Der Strategiedialog Automobilwirtschaft muss zu einem „Strategiedialog zur Mobilitätswende“ mit daraus resultierenden konsequenten Maßnahmen weiterentwickelt werden
- Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Innenstädte bis 2030 emissions- und weitgehend autofrei gestaltet werden. Konkrete Zielsetzung ist es, den Individualverkehr in den Innenstädten auf 10% des heutigen Verkehrs zu reduzieren
- Auf den Neubau von Straßen ist grundsätzlich zu verzichten. Künftige Verkehrsplanungen sind zumindest flächenneutral sowie verkehrsträgerübergreifend durchzuführen
- Im Straßenraum ist mehr Platz für den Fuß- und Radverkehr sowie den Bus- und Stadtbahnverkehr auf Kosten der Fläche für den Autoverkehr zu schaffen. Hierfür sind entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen.

	Frey (Klimaliste)	Raffelt (ÖDP)	Asprion (Grüne)	Weschenmoser (SPD)	Kulisch (Linke)	Müller (Bündnis C)	Kern (FDP)	Schindele (CDU)	Hellstern (AFD)
	1	1	1	2	1	1	4	4	Fragebogen nicht beantwortet, da diese Massnahmen als ungeeignet erachtet werden, um Nachhaltigkeit voranzutreiben.
	1	1	1	1	2	2	4	4	
	1	1	1	1	3	2	4	2	
	1	1	1	1	2	1	2	4	
	1	1	2	2	2	3	2	4	
	1	2	1	1	3	2	4	5	
	1	2	1	1	1	3	4	3	
	1	1	1	1	2	1	1	2	
	1	1	1	1	2	1	1	2	
	1	1	1	1	1	3	3	2	
	1	1	2	2	1	2	4	4	
	1	1	2	2	2	2	4	5	
	1	1	1	1	1	1	2	4	
Gesamtwertung									